

Mängel der jetzigen Verfassung

Wir brauchen uns nur die bemerkenswerten Fortschritte vor Augen zu halten, die Kanada in den letzten 111 Jahren gemacht hat, um zu erkennen, daß unsere Verfassung uns im allgemeinen gute Dienste geleistet hat. Trotzdem weist unsere heutige Verfassung eine Reihe von Mängeln auf:

- Sie gründet sich weitgehend auf britische Parlamentsbeschlüsse und ist noch nicht richtig in Kanada verankert.
- Ihre Bestimmungen sind über eine große Anzahl von Statuten verstreut, von denen viele der Öffentlichkeit unbekannt sind.
- Sie besitzt keine Präambel oder Grundsatzklärung; ihre Sprache ist obskur, ihr Stil umständlich und langweilig.
- Ihr erzieherischer Wert ist gering, und sie enthält wenig, das in den Kanadiern Vaterlandsliebe oder Bürgersinn wecken könnte.
- Sie enthält keinen Hinweis auf Grundrechte und -freiheiten und ist zum Schutze sprachlicher Rechte unzulänglich.
- Ihre Aufteilung der gesetzgeberischen Gewalten zwischen Bund und Provinzen läßt sowohl im Hinblick auf Genauigkeit als auch auf Zweckmäßigkeit zu wünschen übrig.
- Die Rolle des Senats bietet nur in begrenztem Maße die Möglichkeit, Anliegen der Regionen oder Provinzen zum Ausdruck zu bringen.
- Die Stellung des Obersten Bundesgerichtshofs wird in der Verfassung nicht bezeichnet, sondern nur durch einfachen Parlamentsbeschluß bestimmt. Dies und die Tatsache, daß die ausschließliche Zuständigkeit für die Berufung von Richtern an den Obersten Gerichtshof bei der Exekutive des Bundes liegt, hat manchmal dem Ansehen des Obersten Gerichtshofs als letzte Instanz bei der Auslegung der Verfassung Abbruch getan.
- Das Änderungsverfahren ist unzureichend festgelegt und erfordert bei bestimmten Angelegenheiten immer noch die Intervention des britischen Parlaments.

Wichtigste Voraussetzungen für die Erneuerung

... Die Regierung glaubt, daß folgende Elemente in der neuen Verfassung enthalten sein sollten:

- Eine Grundsatzklärung, in der sich widerspiegelt, was Kanada uns allen bedeutet. Die Regierung wird eine Erklärung zur Diskussion stellen und damit bei der Suche nach Worten helfen, die am besten geeignet sind, unsere Gefühle zum Ausdruck zu bringen.
- Die Regierung wird eine Charta vorschlagen, die politische und gesetzliche Rechte und Freiheiten umfaßt, von denen bereits viele in verschiedenen Gesetzesstatuten des Bundes und der Provinzen anerkannt worden sind. Außerdem würde die Charta Maßnahmen enthalten, durch die sowohl ein neuer Rechtsanspruch aller Kanadier auf völlige Freizügigkeit bei der Wahl des Wohnorts und Arbeitsplatzes innerhalb Kanadas wie auch ein neuer Schutz für die sprachlichen Rechte von Minderheiten geschaffen wird, durch den englisch- bzw. französischsprachige Minderheiten einen Rechtsanspruch darauf erhalten, daß grundlegende Dienstleistungen von Regierungsstellen und die Schulausbildung ihrer Kinder in ihrer eigenen Sprache erfolgen.
- Die Regierung glaubt, daß sich Bund und Provinzen in die gesetzgebenden Gewalten teilen müssen, um eine wirksame Tätigkeit dieser Regierungsebenen zum Wohle der Bevölkerung zu gewährleisten. Da Kanada eine bereits stark dezentralisierte Föderation ist, wird die Lösung nicht in einer massiven Verlagerung der Machtbefugnisse des Bundes auf die Provinzen zu suchen sein, sondern die Bundesregierung erhofft stattdessen eine wohlüberlegte Kombination von Änderungen mit gewissen Kompromissen von Seiten beider Regierungsebenen.

\* \* \* \*

- Heutzutage wird eine Reihe von wichtigen Prinzipien und Institutionen nur sehr indirekt oder überhaupt nicht in unserer Verfassung erwähnt. Es erscheint angemessen, daß die Verfassung etwas über diese Institutionen und Prinzipien aussagt, weswegen die Regierung Vorschläge in dieser Richtung vorlegen wird.